

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonntags.
Jedes Heft kostet 20 Pf.
Ausgaben in der
Poststelle Nr. 4442.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 35815 Postcheckamt Hannover.

Ausgelpreis:
50 Pf. für die 3 geplatt.
Postkarte.

Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Verlag von A. Prey,
und C. G. Müller & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaif. 7, 2 Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002

Industrie-Schutzölle.

Schon das Wort scheint mir falsch zu sein. Mindestens muß es als falsch bezeichnet werden, wenn man etwa sagen wollte, mit Industrieschutzölen müsse unsere Industrie geschützt werden. Hat die deutsche Industrie einen Zollschutz nötig? Wenn unsere deutschen Industriellen diese Behauptung aufstellen, dann geben sie damit zu, daß sie technisch rückständig geworden sind, was sie früher jedenfalls nicht waren. Für die technische Rückständigkeit soll nun das deutsche Volk oder besser gesagt, die armere Bevölkerung die Kosten tragen, denn der Handel wirkt die neuen Lasten ab, bis schließlich alle Lasten an jenen hängen bleiben, die nicht wieder oder nur ungünstig schwitzen können, und das sind die Verkäufer der Arbeitskraft. Wenn alle Stände in der Lage wären, die Zolllasten abzuwälzen, dann wäre der sogenannte Schutzoll wirkungslos und damit zwecklos. Also müssen sie an jemandem hängen bleiben, und das sind die Arbeitnehmer, die als Konsumenten am schwersten getroffen werden.

Das Wort Schutzoll hätte also einen, und zwar den Sinn, der ihm innewohnt, wenn mit dem Zoll auf Industriegerüsse wirklich nur der deutsche Markt vor einer Überflutung mit ausländischen Industriegerüssen geschützt werden sollte, oder wenn die deutsche Industrie erst am Anfang ihrer Entwicklung stände. Aber beides ist nicht der Fall. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß durch den Zoll die Waren ungefähr um den Zollrahm verfeuert werden. Mit Hilfe dieser Verfeuerung im Inlande werden dann die deutschen Erzeugnisse desto billiger auf den Weltmarkt geworfen. Das Schutzollsystem ist demnach nichts anderes als eine Überverteilung der inländischen zum Vorteil der ausländischen Konsumenten. Wenn nun dagegen eingewendet wird, daß ja das Ausland ähnlich hohe Zölle hat wie wir und die ausländischen Industriellen ebenso operieren wie die deutschen, so ist zu sagen: dann ist das Schutzollsystem nichts anderes als eine gegenseitige Auszehrung der Konsumenten aller Staaten. Außerdem kann hinzugefügt werden: Wenn alle Staaten ungefähr gleiche Zollsätze haben (relativ durch Vertragsverhandlungen), dann ist mit diesen ungefähr gleichen Zollsätzen international derselbe Zustand hergestellt, als wenn alle Staaten keine Zölle hätten, d. h. sie haben sie gegenseitig auf. Bestehen bleibt nur die solidarische Bewucherung der Konsumenten. Die Schutzölle haben also in der Regel eine willkürliche Preiserhöhung zur Folge, die durch nichts gerechtfertigt ist, denn die Produktionskosten sind durch den Zoll nicht erhöht worden. Das wäre nur der Fall, wenn der Zoll auf den im Inlande zu verarbeitenden Rohprodukten lasten würde, was aber nicht zutrifft, denn die Zölle sind vorgesehen für Halb- und Fertigfabrikate.

Übrigens, hat nicht z. B. gerade die chemische Industrie Deutschlands zu allen Seiten ihre überragende Bedeutung stets betont? Mit anderen Industriezweigen ist es ähnlich. Und trotzdem sollen Schutzölle notwendig sein? Und hat Deutschland nicht mit die niedrigsten Löhne? Wo ist also da die Notwendigkeit des Schutzöls für unsere Industrie? Wo liegen die Ursachen für das sonderbare Verhalten unserer Industriellen in der Zollfrage? Mir scheint, Dr. Duisberg hat kürzlich den Schleier etwas gelüftet. Der Reichsverband der deutschen Industrie ist am 24. Juni in Köln zu seiner sechsten Jahresversammlung zusammengetreten. In seinem Referat über die Wirtschaftslage der deutschen Industrie sagte Dr. Duisberg unter anderem:

Wichtigste Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik sei Erhöhung des Absatzes durch Verbilligung und Verbesserung unserer Produkte. Ersparnisse der Betriebe sollen nicht ausschließlich als Gewinne des Unternehmens aufgefangen werden, sondern in Form von Verbilligung der Produkte der Gesamtheit zugute kommen.

Und da Dr. Duisberg seine Lente jedenfalls kennt, hat er seine berechtigte Mahnung auch an den Handel gerichtet, indem er ausführte:

Dabei müsse der Handel davon absiehen, durch übermäßige Gewinne eine erhebliche Verfeuerung der ursprünglichen Einlandspreise der Produkte zu bewirken, und durch weise Beschränkung in seiner Gewinnpolitik eine Hebung des Absatzes durch Verbilligung anzufordern.

Diese Worte können natürlich nicht nur für den reinen Handel gelten, sondern wiederum auch gleichzeitig für die Unternehmer, wenn sie als Verkäufer ihrer Produkte auftreten.

Nach Duisberg sprach dann das neue geschäftsführende Präsidialmitglied Geheimrat Käffl über Produktionsförderung und Abschaffung. Käffl blies die alte Trompete und meinte „sowohl auf dem Gebiete der Arbeitzeit wie des Arbeitslohnes müßten die Arbeiter zu einer vernünftigen Erkenntnis kommen“. Den Wunsch haben wir auch gegenüber den Unternehmern und ihren Vertretern. Dann könnte die Industrie vielleicht die hohen Zölle entbehren. Recht hat Herr Käffl, wenn er die teilweise vorhandene rückständige Technik und Organisation kritisiert. Kein Mensch wird und glauben machen können, daß durch Schutzölle der

technische Stand und die Organisation der Produktion verbessert werden würden. Das Gegenteil ist der Fall. Der staatliche Schutz vor Konkurrenz gestaltet ja, die Preise herauszusehen, solange sich noch Abnehmer finden. Weshalb also einen Teil des Betriebsgewinnes in technischen Verbesserungen anlegen? Weshalb sich über organisatorische Verbesserungen den Kopf zerbrechen, wenn es nicht nötig ist? Kommen dann zu dem staatlichen Wirken für noch höhere Betriebsgewinne die Auswirkungen der Preiskartelle, deren Ausgabe es ist, die Konkurrenz im Inlande auszuschalten, wie der Staat die ausländische ausgeschaltet hat, dann kann den Konsumenten das Fell über die Ohren gezogen werden, ohne daß ihnen eine Gegenwehr möglich ist. Zollpolitik und Kartellpolitik bringen unsere Wirtschaft nicht vorwärts, sondern auf den Hund, weil auch bei rückständiger Technik noch jedes Unternehmen auf seine Rechnung kommt. Dadurch kommt aber die deutsche Industrie technisch immer mehr ins Hintertreffen, und die deutsche Industrie wird zu spät einsehen, daß sie sich ins eigene Fleisch geschossen hat. Sie wird schließlich trock Schutzoll von der technisch weiterreichenden Auslandskonkurrenz im eigenen Lande geschlagen. Und nur eine Staatsleitung, die mit Blindheit geschlagen ist, könnte dann aufs neue die Zollschraube anziehen. Wenn ein Staat seine junge austreibende Industrie schämen will, kann man das verstehen, evtl. gutheißen. Aber staatlicherseits dem technischen Stillstand Vorschub leisten, dieses Recht sollte sich keine herrschende Gesellschaftsrichtung herausnehmen, denn sie schädigt damals Staat und Volk.

Dass Schutzölle die technische Entwicklung hemmen, ist in einer Begründung für die Aushebung der englischen Autozölle besonders bewuft. Es heißt:

Die englische Autoindustrie darf sich nicht allein auf den Inlandsmarkt einstellen, da dann die Konkurrenzschläge sie um so empfindlicher treffen. Man muß sie zwingen, der ausländischen Industrie gegenüber konkurrenzfähig zu werden, und das geschieht am besten, indem man ihr diese ausländische Konkurrenz im Lande selbst spürt macht. Dann wird sie sich umstellen und leistungsfähig werden.

Und der Deutsche Automobilhändlerverband hat in einer Denkschrift den gleichen Standpunkt vertreten, indem dort gesagt wird:

Die deutsche Automobilindustrie hat durch die Einführung bisher eine wesentliche Auslandskonkurrenz nicht zu spüren brauchen und sie hat seit Kriegsende Gelegenheit gehabt, ihre Fabrikation den veränderten Verhältnissen anzupassen. Daß die Industrie diese Zeit nicht entsprechend ausgenutzt hat, ist ohne Zweifel auf das Fehlen jeden Konkurrenzdranges vom Auslande her zurückzuführen. Insofern hat die Abwertung vom Auslande der deutschen Volkswirtschaft zweifellos geschadet.

Die Unternehmer kalkulieren aber auch falsch, wenn sie glauben, mit der Einführung oder Erhöhung der Industriezölle könnten sie nun aus dem vollen schöpfen. Ganz richtig bemerkte hierzu Dr. Hahn (Frankfurt):

Es kann keine Rede davon sein, daß die Versprechungen zutreffen, die bezüglich des sogenannten lückenlosen Zolltariffs gemacht werden. Dieser schützt weder alle Unternehmungen, noch erhöht er die Gewinne aller Unternehmungen. Jede Gewinn erhöhung auf der einen Seite findet auf der anderen Seite ihr Äquivalent in der Verschlechterung der Absatz- und Gewinnmöglichkeiten, auch bei den für den Export arbeitenden Industrien. Hierin liegt die falsche Ursache, weshalb von jeher alle am Export interessierten Kreise grundsätzlich freihändlerisch sind.

Aber wenn schon die bürgerliche Regierung von ihrem hohen Postament aus den bestehenden Klassen zutrat, „bereichert euch“, so ist es erklärlich, daß diese nur zu gern dem Raus folgen, wenn auch mit dem Gedanken: „noch uns die Sinsflut“. Und sie wird kommen, die Sinsflut, noch ehe sie es denken.

Arbeiterkapital.

Von Dr.-Ing. Martin Wagner.

In dem Berlege von Martin Hopkins and Company, Ltd., in London, 14 Henrietta Street, Covent Garden, W.C. 2, ist das von Richard Bowditch geschriebene Buch: „Labour's Money“ („Arbeiterkapital“) erschienen, das uns einen sehr lehrreichen Aufschluß über die Bedeutung des Arbeiterkapitals für die Wirtschaftspolitik gibt.

I.

Die erste Arbeiterbank wurde in Deutschland im Jahre 1923 gegründet. Die erste Arbeiterbank in Amerika entstand im Sommer des Jahres 1920 in Washington. Dieser Unterschied von 3 Jahren im Geburtsalter einer Bewegung ist noch keine Erklärung dafür, daß in Amerika die Organisation des Arbeiterkapitals weiters fortgeschritten ist als in Deutschland. Die einzige Erklärung für diese Tatsache ist darin zu suchen, daß die amerikanischen Gewerkschaften und ihre Mitglieder der Konzentration des Arbeiterkapitals im eigenen Lande weiters mehr Interesse entgegenbringen, als dies in Deutschland der Fall ist, und die Arbeiterbanken selbst als ein bedeutsames Instrument des gewerkschaftlichen Kampfes zu schützen und anzuhören gelernt sind und glauben machen können, daß durch Schutzölle der

In Deutschland ist die Arbeiterkapitalsbewegung aus der Theorie in Amerika aus der Praxis heraus entstanden. Die Metallarbeiter der Schiffswerft in Norfolk wurden im Sommer 1920 von ihren Unternehmen ausgesperrt. Sie wollten den Arbeitern eine Lohnreduktion aufzwingen und sie weiterhin veranlassen, aus ihrer Gewerkschaft auszutreten. Eine neu gegründete, finanziell nicht sehr starke Firma wäre durch die Auspaltung der Arbeiter und die Stilllegung des Unternehmens ruiniert worden. Die Direktoren dieser Gesellschaft hatten nur die Wahl, sich der Ausspaltung anzuschließen und dadurch ihre wirtschaftliche Existenz an ein Trustunternehmen zu verlieren, oder aber weiterarbeiten zu lassen und ein finanzielles Angebot der Metallarbeitergewerkschaft anzunehmen. Sie entschieden sich für das letztere. Die Metallarbeiterorganisation sich in diesem Unternehmen die ausgesperrten Arbeiter in Doppelschichten arbeiten. Sie sparte auf diesem Wege 200 000 Dollar Streikgelder und konnte durch ihre neu gegründete Mount Vernon Savings Bank den Unternehmen die 40 000 Dollar Kredit zur Fortführung des Unternehmens zur Verfügung stellen. So gewann die erste amerikanische Arbeiterbank ihre wirtschaftspolitische Bedeutung für die amerikanische Gewerkschaftsbewegung.

Es lag auch ganz im Sinne des Aussches und der Konzentration der wirtschaftspolitischen Macht der Gewerkschaften, als der erste Vorsitzende der Metallarbeiter, W. H. Johnston im Frühjahr 1921 nach Mexiko fuhr und mit dem Präsidenten Oregon einen Schließungsvertrag abschloß, nach dem die Gewerkschaften den amerikanischen Unternehmen Aufträge (zur Zeit der wirtschaftlichen Depression) unter der Bedingung vermittelten, daß die Unternehmer den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern angemessene Löhne und gute Arbeitsbedingungen gewähren. Dieser Vertrag gab den Gewerkschaften eine bedeutende wirtschaftspolitische Macht, die durch eigenes Kapital und eigene Banken geführt werden mußte, wenn sie Realitäten erhalten sollte. So sehen wir das Entstehen weiterer Arbeiterbanken abhängig werden von einer Neuorientierung gewerkschaftlicher Kampfmethode. Arbeiterkapital wird gegen Privatkapital mobilisiert. Die Kontrolle der Produktion und das Missbestimmungsrecht in der Wirtschaft wird durch die Organisation eigener wirtschaftlicher Macht erstrebt. Die Arbeiterschaft Amerikas — wie die Deutschlands — besitzt in der Tat eine ungeheure, allerdings noch untauglich schlummernde wirtschaftliche Macht, die, weil sie nicht genutzt und organisiert ist, direkt und indirekt das private Unternehmen stützt und stärkt. Man braucht nur die gewerkschaftlichen Kassen bestimmen, was noch bedenfamer ist, die mannsachen Versicherungsgelder und das Sparkapital der Arbeiter zu überschlagen, um die kapitalistische Macht der Arbeiter in ihrer ganzen Größe zu erkennen. Die Amerikaner erkannten diese kapitalistische Macht und gingen mit aller Kraft daran, sie als ein neues gewerkschaftliches Kampfmittel zu organisieren.

Am 15. Mai 1920 entstand die Mount Vernon Savings Bank in Washington. Am 1. November 1920 wurde von der Lokomotivfahrtorganisation die Cooperative National Bank of Cleveland gegründet, deren Reserven im Jahre 1923 bereits auf 22,5 Millionen Dollar angewachsen waren. Der Organisator dieser Bank, Dr. Walter Calley, wurde schon im Januar 1923 von 68 Arbeiterorganisationen in 32 verschiedenen Staaten zur Gründung neuer Banken herangezogen. In den Jahren 1921 bis 1924 sehen wir in Amerika weitere 30 Arbeiterbanken entstehen, von denen viele ihre Filialen in anderen Städten und Städten eröffneten. Die Entstehung dieser Banken im einzelnen zu schildern, würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen.

II.

Nach welchen Grundsätzen arbeiten diese Banken im Interesse des Volkes und der gewerkschaftlichen Mitglieder? In fast allen Arbeiterbanken herrscht das Bestreben vor, sich eine Rechtsform zu geben, die es der Bank gestattet, mit den privaten Banken in volle Konkurrenz zu treten, andererseits aber den Einlegern von Kapital die größten Vorteile zu sichern. Nicht alle Arbeiterbanken in Amerika sind ausschließlich in der Hand der Gewerkschaften. Bei dem überwiegenden Teil dieser Banken haben die Gewerkschaften nur 51 Prozent der Aktien in der Hand, während die Minorität der Aktien an die einzelnen Gewerkschaften in fiktiver obgegeben wurde. In einzelnen Fällen beschränkt sich die Gewerkschaft zunächst auch nur darauf, Aktienpakete privater Bankinstitute anzukaufen, um auf diesem Wege allmählich die ganze Kontrolle der Bank in die Hand zu bekommen. Die Dividende der Banken wird in den meisten Fällen auf 7 bis 10 Prozent begrenzt und ein überschreitender Reingewinn auf die Einlagen verteilt.

Die Sitzstellen der örtlichen Gewerkschaften werden oft verankert, Kreditgenossenschaften und Kreditvereine zu gründen, die als „Subringer“ für die zentralen Arbeiterbanken aufzutreten und bei späterer eigener

Entwicklung zu Filialbanken ausgebaut werden. Die meisten Arbeiterbanken Amerikas haben den Spargedanken mit der Lebensversicherung verknüpft. Sofern jeder Sparger monatlich eine bestimmte Summe einspart, sieht er sich zugleich auch in den Besitz einer Lebensversicherung von bestimmter Höhe, meistens 1000 Dollar, die den Anderwändten beim Tod oder dem Sparter auch nach zehnjähriger Sparfähigkeit ausgezahlt wird. Diese Spareinlagen, mit Lebensversicherung verknüpft, werden von den Banken besonders hoch verzinst. Im übrigen arbeiten die Banken nach den gleichen Grundsätzen wie die privaten Banken, nur mit dem Unterschied, daß sie den Einlegern etwas höhere und den Kreditnehmern etwas geringere Zinsen berechnen.

Für die besondere Art der Werbefähigkeit der Banken mag die nachfolgende Ankündigung als ein Muster angeführt werden, die den Arbeitern plakatmäßig vor Augen geführt wird:

Bringe dich nicht selbst ab mit deinem Kapital. Du mußt wissen, daß die privaten Banken mit keinem Gelde arbeiten, daß du diesen Banken auf 1 Dollar eigenes Bankkapital durch deine Einlage 12 Dollar für die Geschäfte der Bank dazuschiebst. Auch die kleinsten Landbanken ist mit der größten Städtebank verbunden und sendet ihr Kapital in die Großbanken in der Form von Beteiligungen oder in der Form kurzfristiger Kredite. Die großen Banken, die mit dem Kapital der Arbeiter arbeiten, haben sich die Kontrolle über die Eisenbahnen, die Kohlenzechen, die Textilfabriken und über fast alle Schlüsselindustrien des Landes gesichert. Zwölf New Yorker Banken beherrschen 92 Eisenbahnen, d. h. $\frac{4}{5}$ aller Bahnen, und 22 Großbanken kontrollieren die Betriebe, die diese Bahnen mit Material aller Art versorgen. 11 Banken sind die vorherrschenden Feinde der gewerkschaftlichen Organisation. Sie bekämpfen jede Lohn erhöhung und wollen die gewerkschaftliche Organisation zerstören. Jeder Dollar, den du einer privaten Bank in Verwahrung gibst, stärkt die Macht, die gegen die Arbeiterkraft kämpft.

Bringe dich nicht selbst ab mit deinem Kapital. Bringe es zu deiner eigenen Bank. Denke daran, daß das Bankkapital jede Industrie des Landes kontrolliert. Die Hand, die einen Bankscheck aussellt, regiert die Welt. Die Arbeiterkraft kann sie selbst regieren, wenn sie ihre Ersparnisse auf ihre eigenen Banken tragt.

Ausgabe der Arbeiterbanken ist es nicht, selbst große Gewinne zu machen, sondern in erster Linie das Arbeiterkapital zu konzentrieren und es im Interesse sowohl der Produzenten als auch der Konsumenzen zu bewirtschaften. "The bank with a soul", d. h. "die Bank mit einer Seele", das ist die Seele der Arbeiterbanken. Ihre Politik ist darum eingestellt, Kredite zu geben, die Produktionsunternehmungen zum Wohle der Arbeiter zu fördern und den Profitgeist zu bekämpfen. Die Kredite der Arbeiterbanken sollen nach den angepeilten Grundlagen nur zum Einkauf und zur Produktion lebenswichtiger Güter gegeben werden. Diese Güter müssen im Preise so gefestigt sein, daß bei großem Umsatz der kleinstmögliche Nutzen erzielt wird. Jägdenhändler erhalten keine Kredite. Dafür werden alle Arten von gemeinnützigen Gesellschaften vorzugsweise unterstützt. 500 solcher Gesellschaften und 100 Produktionsunternehmungen, die ausschließlich im Besitz der industriellen Arbeiter sind, sind die Hauptträger für die Bankpolitik der Arbeiter. Diese Bankpolitik ist aber auch streng daran eingestellt, die dauernde Beschäftigung der Arbeiter zuverstellen und die Kurzzeit des Lohnes durch eine gezielte Güterproduktion zu heben. Der Einfluß auf diese Entwicklung der Wirtschaft wird in dem Maße freien, in dem die Arbeiterbanken sich zu einer wirtschaftlichen Macht entwickeln. Können sie dieses? — so wurde Dr. Max Caleb von der Arbeiterkraft in Minneapolis gefragt. Er antwortete: Sie können es. Leicht! Wenn von 20 Millionen Arbeitern jeder einen Dollar in der Woche spart (das ist der 4. Teil des Wochenlohns eines New Yorker Mannes, d. Vers.) und diesen Dollar regelmäßig bei der Arbeiterbank einzahlt, dann würde die ganze Inflation in den nächsten fünf Jahren anders aussehen.

Grundstückliches der Arbeitgeber.

Ein hoch ausdauerndes Schild ist immer nach die Arbeitszeitzone, wo jeder von der Arbeiterschaft in sehr vielen Fällen verstoßen wird. Die Arbeitgeber wollen unbedingt zur Fortsetzungsarbeit zurück, in noch darüber hinaus das Recht haben, die Arbeitnehmer nach neuen Zuständen verhängen zu können. Ja jetzt vielen Fällen werden die Beziehungen der Arbeitgeber durch Handlungen einzelner Arbeitgeber zerstört. Wenn ändert sich die kommunalpolitische Gewaltübernahmen zur Erhaltung des Hoffnungsmarktes nichts. Nur jeder einzelne Zahl der Arbeiterschaft unter Erhaltung der Gewalt und nicht den Betriebsteilen, eingerollt zusammen, der Gewaltgeist hat eine schrofferen Demut gegen das Werk der Arbeitgeber. Die gewaltige Stellungnahme der Arbeitgeber zur Arbeitszeitzone geht aus einem Schreiben der Entwicklungsfreien Arbeitgeberverbände an einen Reichsministerium heraus:

Die sind nach reiferer eigenen Erfahrung der Meinung, daß die "sozialen" Gewaltübernahmen über die derzeitige Arbeitszeit in Deutschland ungünstig wirken. Wir bitten You zu berücksichtigen, daß bei der Gewaltübernahmenzone in viele anderen Staaten kein ausgetragen, daß mit uns dies Zustandekommen die Regelung der Arbeitszeitzone während des Jahres 1921 als einen Erfolg unserer sozialen Offensive in dieser Form betrachtet werden. Denn im großen und ganzen ist der Anfang an die Fortsetzungsarbeitszeit wieder gewonnen worden. Dies legt eine Art über das Gute zu denken. Es kommt und kommt in Zukunft weniger einer Firma oder gar Firmengruppe, wie sie gerade in der Gewaltübernahmenzone zu finden sind, die kann vor dem Anfang liegen, daß sie zum Hoffnungsmarkt übergegangen waren, um ihrer Arbeitnehmer zu verhindern. So wichtig ist die Hoffnungsmarkt die allgemeine Verbindung im Reichsamt an die Fortsetzungsarbeitszeit war, so wichtig war für die Gewaltübernahmenzone, vor allem zu erkennen, daß sie nicht bei der Aussteigerung ihrer regelmäßigen Arbeitszeit in einige Anstrengung und den gleichen unangenehmen gezwungen ist. So wird z. B. die Firma Boehringer in Stuttgart den von ihr nach langjähriger Erfahrungshabenden und entsprechender Entwicklung des Organisationsfests gekommenen Zeit-

stundenlang niemals zugunsten einer schematischen Arbeitszeitverlängerung preisgegeben, während oder nach diese Firma, wie Herr Dr. Bosch mehrfach ausgesprochen hat, das Recht für sich in Anspruch nehmen muss, im Bedarfsfalle unbehelligt von Betriebsratsbestimmungen oder sozialen Hemmungen auch über diese regelmäßige Arbeitszeit hinaus arbeiten zu lassen.

An folgendem an diesen Brief schreibt die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände in ihren Mitteilungen:

Wir dürfen des Weiteren hier auf den Abschnitt Arbeitszeit in unserem letzten Jahresbericht verweisen.

Dass die Gewerkschaften im Frühjahr dieses Jahres unabhängig von ihren Bemühungen in der Frage des Arbeitszeitgesetzes und der Ratifikation eine Gegenoffensive zur Wiedererlangung des Achtfundstages gemacht haben, steht fest. Ebenso steht aber fest, daß diese Gegenoffensive im ganzen Ausbildung ist. Das eine war lediglich einwandfrei zu erkennen, daß das Reichsarbeitsministerium und die Sozialisten geneigt sind, in gewissem Umfang den von uns mühsam erkämpften Status wieder zugunsten der Gewerkschaftsfordernungen preiszugeben. Die Gründer für diese Einstellung des Reichsarbeitsministeriums haben wir im Zusammenhang mit der Spezialfrage der Überstandenzuschläge vor kurzem an die Mitgliederverbände mitgeteilt. Wir fassen sie dahin zusammen, daß die Reichsarbeitsministerium offenbar meint, da die Praxis der Arbeitszeitregelung heute schon zum Tell unter Preisgabe des im Jahr 1924 erreichten Status dahin zu treiben, daß die Anpassung des künftigen Gesetzes an das Washingtoner Abkommen erleichtert wird. Denn daß das Reichsarbeitsministerium entschlossen ist, dem endgültigen Arbeitszeitgesetz einen Inhalt zu geben, der dem Washingtoner Abkommen in der am der Werner Arbeitsministerkonferenz gefundenen Auslegung entspricht, ist außer Zweifel. Es muß dabei die Frage offen gelassen werden, ob die geplante neue Konferenz der Arbeitsminister, die in London stattfinden soll, nicht doch noch zu gewissen Änderungen und Erneuerungen des Washingtoner Abkommens im Sinne größerer Elastizität der Handhabung in der Praxis führt. Diese Möglichkeit allein sollte uns in unserer deutschen Arbeitszeitpraxis schon voranlassen, an dem mühsamen und gegen Gewerkschaftsdogmatik erreichenden derzeitigen Stand nicht das geringste zu ändern.

Es kommt hinzu, daß die volle Auswirkung des Dawesabkommens heute noch nicht zu übersehen ist und man deshalb noch in keiner Weise beurteilen kann, ob auch die unmittelbar vor dem Kriege in organischer und gesunder Wirtschaftsentwicklung erreichte Arbeitszeit der heutigen Lage der deutschen Wirtschaft noch entspricht, um die für unsere wirtschaftliche Erfolgsnotwendigen Arbeitsverträge zu liefern. Gerade diese Erwägungen führen ja bekanntlich dazu, daß wir uns vor kurzem in der ersten amtlichen Aussprache im Reichsarbeitsministerium über ein neues Arbeitszeitgesetz gegen neue Gesetzespläne und vor allem auch gegen die Ratifikation aussprechen, bevor die Auswirkungen des Dawesabkommens und die dadurch begründete Wirtschaftslage völlig zu überblicken ist.

Doch wir in jeder von unseren Organen für geeignet erkannten Weise auch diese Gedanken nach anhören und nicht zuletzt mit ernsthaften Erwähnungen auch in unseren eigenen Mitgliedsverbänden vertreten, glauben wir nach den unseren Mitgliedsverbänden ja bekannten Arbeiten der Vereinigung auf diesem Gebiet als bekannt unterstellen zu können.

Die Arbeitgeber hatten im Jahre 1924 Zeiterfolge. Der Erfolg der Arbeitgeber war aber nur möglich auf Grund der Verspätungsarbeit der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften. Die sozialpolitische Einstellung der Arbeitgeber geht dahin, daß alle unproduktiven Ausgaben geprägt werden müssen, darunter fallen Sozialzulagen für Frau und Kinder, Beseitigung oder wesentliche Einschränkung des Erholungsarbeitsbes., Einschränkung der Entschädigungen, die auf Grund des § 616 BGB, natürlich festgelegt sind. Koalitionsfreiheit soll vorhanden sein, die aber nicht zu Koalitionszwang ausarten dürfe, d. h. es muß auch ein bevorzugter Platz vorhanden sein für solche Personen, die sich vom Arbeitgeber trennen und im gegebenen Falle als deren getrennte Helfer/feinde gegen ihre Kameraden verwenden können.

Ein besonderes Recht zum Streiken kann nicht anerkannt werden. Der Streik gäbe keinen Rechtsstiel ab, sondern sei ein kraftvoller Widerstand. Damit sind selbstverständlich Forderungen verbunden,

die auf einen Schutz der Lieblinge der Arbeitgeber, der Streikbrecher, hinzu laufen. Die Tarifverträge werden zwar nicht direkt abgelehnt, aber eine vor staatlichen Zwangseintritten freie Tarifpolitik gefordert. Bezirks- oder gar Reichstarifverträge sind ihnen ein Dorn im Auge. Verkäufe sollen angehalten und, wenn anders nicht möglich, auch wir den Gewerkschaften abgeschlossen werden. Das währungs- und wirtschaftszerstörende Anspielen und Hinansfreien der Löhne soll endlich aufzuhören werden. Daß das Machtstreben der Unternehmer die Regierungsstellen beeinflusst hat, bemerkt, daß jährliche Jubiläen nicht mehr bekanntgegeben werden, damit Vergleiche der Löhne in Bezirken und Städten nicht mehr möglich sind. So halten die Arbeitgeber zu ihrem Machtkampf — Herr im Hause ja bleibt — zurück und ihr weiteres Bestreben geht dahin, die Rechte der Betriebsräte nach dem Betriebszeitgesetz wesentlich zu beschneiden, um ebenfalls die Vorkriegszeit wieder zu erreichen, wo man die Arbeiterschaften gehörte werden konnten, aber nichts zu sagen hatten.

Aber trotz aller grundsätzlichen Einstellung der Arbeitgeber werden diese die Löhne nicht in den Himmel richten. Wenn auch sozialistische Behörden unter der gegenwärtigen arbeiterfeindlichen Regierung die Befreiungen der schwerwieglichen Arbeitgeberverbände weiterhin unterstützen, so wird doch die Arbeiterschaft bei Geschlossenheit und Einigkeit allen grundsätzlichen Schafsuchtmitteln einen Strich durch die Rechnung machen. Für die Arbeiterschaft gilt: — wir sind: Stärkung der freien Gewerkschaften!

Schreiber

für die Badische Anilin infolfern günstig liegen, als ihre Ammoniak-Umlagen größer als die der Rombacher Hütte sind und sie deshalb leichter ist. Allerdings ist die Rombacher Hütte nicht in der Lage, den Bedarf an flüssigem Ammoniak voll zu decken, also den Markt vollauf zu haben.

Nach Angabe der Bergwerks-Zeitung ist der Verkaufspreis im Verhältnis zu den Selbstkosten außerordentlich hoch, so daß ein starker Spielraum für die Preislenkung vorhanden ist. Nach Angabe der Industrie- und Handelszeitung befragt die Selbstkosten pro Kilo nur 1 Mk., während der Verkaufspreis auf 2 Mk. stand. Man sieht daraus, wie die Verbraucher ausgedeutet werden, wenn die Konkurrenz fehlt oder durch Vereinbarung ausgeschaltet wird. Erst hat die Badische Anilin durch gedrückte Preise die übrigen Ammoniak erzeugenden Werke wie Kunheim u. Ko. und andere zu einem Vertrag gezwungen, nach Abschluß des Vertrages durch unberechtigt hohe Preise sich und den Vertragsfirmen unterrichtete Gewinne zugeschanzt und nun muß sie einen Konkurrenten erscheinen sehen, der sie zwingt, wenn sie auch in Zukunft den Markt beherrschen will, die Preise um 88 Prozent herabzusetzen.

Flüssiges Ammoniak dient in erster Linie zur Herstellung von künstlichem Eis. Es wird in großen Mengen von Eisfabriken, Brauereien usw. bezogen. Der hohe Preis des Ammoniaks hat also weite Verbraucherkreise stark belastet. Trotzdem bedauert die Bergwerks-Zeitung, daß der Konkurrenzkampf sich in einen Preiskampf auswirkt. Ihre Auffassung nach könnte der Kampf ohne direkte Preisabschaltung durchgesetzt werden, wenn die Badische Anilin ihren Vorsprung, den ihr der große Besitz von Stahlblasen, die zum Transport des flüssigen Ammoniaks notwendig sind, gewährt, voll ausnutzt. Zum Transport von 20 Albtannen Ammoniak sind Stahlblasen zum Preise von 40 Mk. pro Stück vonnöten. Die Badische Anilin verfügt über einen ungeheuren Vorrat solcher Flaschen, der viele Tausende umfaßt. Die Rombacher Hütte hat sicher noch keinen genügenden Flaschenbestand und muß für Ergänzung desselben große Summen aufwenden, die durch Leihgebühren an die Verbraucher amortisiert werden müssen. Die Badische Anilin hat ihre Flaschen wohl im allgemeinen abgeschrieben, so daß der Kampf auf Kosten der Leihgebühr wohl ausgefochten werden kann. Der Verbraucher kommt dadurch in keine andere Lage, denn auch durch Nichtberechnung oder Herabsetzung der Flaschenmiete sinkt der Preis. Die Bergwerks-Zeitung will mit ihrer Ausführungen aber erreichen, daß der offizielle Preis für Ammoniak nicht herabgesetzt wird, weil eine spätere Erhöhung des Preises mit größeren Schwierigkeiten verbunden ist und evtl. den Profit der feindlichen Brüder schwächen könnte. Wenn die Industrie- und Handelszeitung und die Deutsche Bergwerks-Zeitung beides Einneigungsorgane, zu diesem Konkurrenzkampf Stellung nehmen, der auch Unbedeutlichen Einblick in die Preisgestaltung gewährt, müssen schon weitere Interessen als nur die der Badischen Anilin davon berührt werden. Es darf nicht vergessen werden, daß auch die Badische Anilin zu den Betrieben gehört, die angeblich die hohe Lohnbelastung und den Achtfundstag nicht tragen können, während in diesem einen Falle einmal bekannt wird, daß sie an ihren Produkten 100 Prozent des gesamten Geschäftsprices verdient.

Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen.

Wie im "Proletarier" bereits mitgeteilt, suchen die thüringischen Arbeitsnachweise Arbeitkräfte für die Kalibergwerke. Was da alles versprochen, aber von den Unternehmern nicht gehalten wird, ist skandalös, und die Arbeitsnachweise verlieren ihren guten Namen. Das Thüringische Landesamt verübt an die Arbeitsnachweise folgendes Schreiben:

Thüringisches Landesamt Weimar, den 20. Mai 1923.
für Arbeitsvermittlung. Rohstraße 12 — Fernspr. Nr. 1057.
Lfd. Nr. 840/25.

Befr. Kali-Bergarbeiterbedarf in Thüringen.

Die Kali-Industrie im Werratal und in der Rhön hat außerordentlich großen Bedarf an Arbeitskräften. Wenn deutliche Arbeiter nicht in genügender Anzahl beschafft werden können, muß einem bereits vorliegenden Antrage auf Genehmigung zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitern entsprochen werden.

Um die Zuwendung von Ausländern zu verhindern, bitten wir mit möglichster Beschleunigung die Ihnen angehörenden Arbeitsnachweise auf diesen Arbeitssatz aufmerksam machen zu wollen.

Über die Lohn- und Arbeitsbedingungen ist folgendes zu sagen:

Gearbeitet wird täglich 8 Stunden. Der Schichtdienst beträgt für Männer 4,85 Mk., für Lehrhauer 4,65 Mk. und für Jörderleute 4,45 Mk. Für Frau und Kinder werden per Schicht je 10 Pf. Zuschlag gezahlt, dazu kommt ein Kohlenausgleich pro Schicht mit 12 Pf. Es wird im Akkord gearbeitet, und schwankt dabei der Verdienst zwischen 5 und 8 Mk. pro Schicht. Die Verheiraten erhalten alle 14 Tage und die Ledigen alle vier Wochen frei Fahrt zum Besuch der Angehörigen. Der Fahrpreis wird auch gezahlt, wenn die Heimreise unterbleibt. Solchen Arbeitern, denen vom Arbeitsnachweis oder vom Wohlfahrtsamt kein Zeitgeld zum Arbeitsantritt gezahlt worden ist, erstattet das Werk das Zeitgeld nach längiger Arbeitsdauer.

Die Unterbringung erfolgt in den anliegenden Ortschaften oder in den den Werken gehörigen Wohngehöften. Es wohnen in den Wohngehöften mehrere Arbeiter in einer Stube zusammen. Es gibt ein kräftiges und reichliches Mittagessen und Kaffee nach Bedarf. Für Wohnung, Mittagessen und Kaffee sind täglich 60 Pf. zu zahlen.

Die Arbeit ist schwer, aber lange nicht so schwer als in den Kohlenbergwerken oder in den Steinbrüchen. Die Wärme beträgt an den Arbeitsstellen ca. 28 Grad, so daß die Förderkäste an mit der Hose und den Schuhen bekleidet arbeiten; die anderen Arbeiter tragen auch Jacke und Hut. Die Luft ist trocken und kalzig. Deshalb gibt es anfangs großen Durst. Eine möglichst große Saftflasche (etwa 1½ Liter Inhalt) gehört zu den unerlässlichen Ausstattungsgegenständen. Nach der Aussicht baden die Lente und kleiden sich an.

Die Werke sind im Begriff, Familienwohnungen zu bauen, die verheirateten Bergleuten zur Verfügung gestellt werden sollen. Es hat keinen Zweck, Leute nach dort zu senden, die nicht den festen Willen besitzen, zu arbeiten. Sie müssen auch bereit sein, kleine Unbequemlichkeiten mit in den Kaff zu nehmen.

Wir bitten wegen Überpeinlung von geeigneten Arbeitskräften mit dem öffentlichen Arbeitsnachweis Eisenach, Nebenstelle Vacha (Rhön), durch den vereinbarungsgemäß alle Einstellungen von Arbeitskräften für die in Vacha liegenden Kaligewerkschaften erfolgen, anstellebar in Verbindung zu treten.

ge: Otto
zu Thüringische Landesamt für Arbeitsvermittlung.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Der Kampf um den Ammoniakmarkt.

In den letzten Monaten ist der Preis für flüssiges Ammoniak stark gesunken. Das Kilo Ammoniak kostete 2 Mark, sei auf 1,50 Mark und steht jetzt auf 1,25 Mark. Die Badische Anilin- und Soda-fabrik war bisher alleiniger Hersteller von flüssigem Ammoniak. Sie hatte durch Vereinbarung die Werke, die bislang flüssiges Ammoniak herstellten, zur Einstellung der Produktion veranlaßt und überließ ihnen die zur Herstellung ihrer Rundschiff benötigten Mengen nach einem bestimmten Schlüssel.

Seit kurzer Zeit stellt die Rombacher Hütte auf der Zeche Concordia flüssiges Ammoniak her und bringt es auf den Markt. Die Badische Anilin nutzt dagegen sofort den Kampf auf, indem sie die Preise senkt, um den neuen Betrieb unrentabel zu machen. Der Kampf wird über vorwiegendlich durch die Preislenkung allein nicht entschieden, denn am flüssigen Ammoniak ist ein Stück Geld zu verdienen, und die Rombacher Hütte kann sich, wenn sie in den Ammoniakmarkt kommen will, einen finanziellen Koffer einzuladen.

Die Deutsche Bergwerks-Zeitung stellt die Frage auf, ob der Kampf wohl bis zu Ende durchgesetzt oder ob es zu einer Zeremonie zwischen beiden Werken kommt wird. Sie hat das Recht für uns zu sprechen, wenn sie in den Ammoniakmarkt

Dazu schreibt ein Kollege aus Cammin in Pommern. Durch die guten Arbeitsbedingungen angelockt, zog auch ich zum Werratal ins Kalibetrieb. Am 26. Mai war ich zwecks Kontrolle und Arbeitsvermittlung auf dem kleinen (Cammin i. P.) Arbeitsnachweis. Hier wurde das Schreiben des Typs Landesamt für Arbeitsvermittlung mitgeteilt. Es meldeten sich 20 Erwerbslose, darunter ich. Der erste Transport von zehn Erwerbslosen fuhr am 8. Juni von hier fort und sollte sich auf dem Arbeitsnachweis in Vacha (Rhön) melden. Die Reisekosten von 19,40 Mta. und 6 Mta. Gehrgeld pro Mann wurden von diesem Arbeitsnachweis gezahlt. Am 4. Juni in Vacha angekommen, meldeten wir uns bei dem Arbeitsnachweisleiter Herrn Bräuer. Vor uns war ein Transport aus Schlesien angekommen. Aus dem Gespräch dieser Kollegen mit dem Arbeitsnachweisleiter hörten wir heraus, daß die Kaligewerkschaften die mit dem Thüringischen Landesamt vereinbarten Arbeitsbedingungen betr. der 14-täglichen bzw. vierwöchentlichen Heimreise und Bezahlung des Fahrpreises nicht innehielten. Unter Transport wurde nach dem Kaliwerk Hattorf bei Vacha vermittelt. Durch die Anhörung des Gesprächs etwas misstrauisch geworden, ging der Untersuchung mit noch zwei Kollegen zur Schachanlage Hattorf, um mit der Direktion betreffs der vereinbarten Arbeitsbedingungen zu verhandeln. In Hattorf wurde uns gesagt, die beiden Direktoren seien nicht anwesend. Wir wurden an den Betriebsführer Herrn Dipl.-Berging, Winter verwiesen. Diesen fragte ich gleich nach den Arbeitsbedingungen und legte eine Abschrift des Schreibens vom Thüringischen Landesarbeitsamt vor. Herr Winter erklärte, daß ihn dieses gar nichts angehe, und daß das Werk die Heimreisen und, wenn diese unterblieben, auch nicht den Fahrpreis zahlen würde. Das Werk wolle pro Monat 20 bis 25 Mta. an Fahrtkosten zahlen, ob dieses aber innegehalten werden könnte, wolle er nicht versprechen. Unsere Fahrtkosten wären nach den Arbeitsbedingungen für Verheiratete pro Monat 77,60 Mta. gewesen. Herr Winter logte u. a. mir sorgen verlängern, die Arbeit anzunehmen, denn der Arbeitsnachweis Cammin könnte zu unseren Familienangehörigen die Familienzuschläge der Erwerbslosen-Unterstützung auf 2 bis 3 Monate weiterzahlen. Wir erklärt, daß wir gewillt sind, zu arbeiten, aber wir müßten hier soviel verdienen, daß wir uns und unsere Familie ernähren könnten, ohne die Erwerbslosenfürsorge bei der Arbeit in Anspruch zu nehmen. Wir konnten dem Herrn Betriebsführer noch keine Antwort geben, da der Arbeitsaufnahme, weil wir erst noch mit den anderen sieben Kollegen sprechen wollten. Er versprach aber, wenn wir kämen, unsere Sachen von Vacha abholen. Wir alle zehn kamen zu dem Ergebnis, die Arbeit anzunehmen. Der Arbeitsnachweisleiter Herr Bräuer schrieb nach unserer Unterredung nach Cammin folgendes:

Aufschluß vom Arbeitsnachweis Vacha.

An den Öffentlichen Arbeitsnachweis Cammin i. P. o. m.

Die uns mit Ihrem Schreiben vom 30. v. M. namhaft gemachten Arbeiter können wir, sofern dieselben den Anforderungen körperlich gewachsen sind, vermitteln. Die Transporte erwarten wir, wie in Ihrem Schreiben angegeben.

Zur gesetzlichen Orientierung übersenden wir anliegend Merkblatt. Für zweiwöchentliche usw. freie Heimreise bei so großen Entfernung können die Kaliwerke keine Garantie übernehmen und folglich auch nicht eine Vergütung für unterbliebene Reisen in voller Höhe. Nach Verhandlungen hat sich ein Kaliwerk aber bereit erklärt, den weiter entfernt wohnenden Arbeitern Vergütung für unterbliebene Reisen zu zahlen in Höhe des seither gezahlten Höchstbetrages.

Inzwischen ist der erste Transport unter Führung des Herrn Emil Sankowsky eingetroffen und nach dem Kaliwerk Hattorf vermittelt worden. Sämtliche Arbeiter haben sich nach ausreichenden Verhandlungen zur Arbeitsaufnahme bereit erklärt. Die Weiterbeschäftigung derselben kann aber nur garantiert werden, wenn denselben von Ihnen ein Zuschuß in Höhe von etwa 15 Mta. zur Deckung des Lebensunterhalts während der ersten Arbeitswoche gezahlt wird, andernfalls können auch wir eine Weiterbeschäftigung nicht anstreben, da von den Kaliwerken Vorschüsse nicht gezahlt werden. Da von den Werken nur Mittagessen gestellt wird, haben die Arbeiter für Brot, Wurst und Fett, also für die notwendigsten Lebensmittel, um sich bei der schweren Unterfang-Arbeit körperlich einigermaßen widerstandsfähig zu erhalten, selbst zu sorgen. Wenn auch schließlich Vorschüsse von Seiten der Werke gezahlt werden sollten, so würden die Arbeiter bei der Arbeitsaufnahme mit Schulden anfangen und als Verheiratete kaum in die Lage kommen, für die Familie zu sorgen.

Ferner bitten wir, dem hier von Thüringen gegebenen Beispiel zu folgen und familialen Erwerbslosen, die die Arbeit hier aufgenommen haben, die Familienzuschläge mindestens zwei Monate lang weiter anzuzahlen, und zwar direkt an die Familienangehörigen. Da die ungeübten Arbeiter oft angelernt werden müssen und infolgedessen einen so hohen Verdienst, was gleichzeitig für die zurückgebliebenen Familienangehörigen bringt zu können, nicht haben, wäre die Weiterzahlung der Familienzuschläge zur Sicherstellung der Angehörigen dringend zu empfehlen. — Schließlich bitten wir, sämtlichen zehn Arbeitern bei 20 Pf. für verursachte Reisekosten von Vacha an den Arbeitsort zurückzuzulassen.

Mir bitten, dem Wunsche der vermittelten zehn Arbeiter zu entsprechen, zumal die Erfüllung dieser Wünsche durchaus im Interesse Ihrer Gemeinde liegt und nach den einschlägigen Bestimmungen gerechtfertigt erscheint.

Arbeitsnachweis Vacha.

gez.: Bräuer.

Wir wurden nun vom Werk nicht abgeholt, sondern mußten nach Philippsthal fahren und dann mit unserem Gespräch eine Fußfahrt machen. In Hattorf meldeten wir uns dann vom Steigerbüro zwecks Eintragung in die Bücher. Hier wurde uns dann vom Betriebsführer erklärt, daß wir Freitag, den 5. Juni, mit der Frühdämme einschreiten sollten. Am Freitag früh meldeten wir uns wiederum zwecks Empfang von Grubenlampen. Hier wurde uns von den anwesenden Steigern erklärt, weil wir keine gelernten Bergarbeiter wären, sie uns nicht gebrauchen könnten, und auch keine Grubenlampen vorhanden wären; wir sollten zur Nachmittagszeit noch mal wiederkommen. Telephonisch legte uns dann auch der Betriebsführer Wielert, wir sollten zur Nachmittagszeit kommen. Nachmittags gingen wir wieder nach Hattorf und meldeten uns. Wieder erklärten die Steiger, daß sie uns nicht gebrauchen könnten. Wir wollten nun die Grubenlampen empfangen, aber keiner der Steiger wollte uns eine Empfangsberechtigung ausstellen, um vom Magazin eine Lampe zu bekommen. Jedenfalls schrieb uns ein anderer Herr eine Bescheinigung aus. Nun fuhren wir ein. Unter angekommen, herzte und der Steiger an, was wir hier wollten, er hätte keine Arbeit für uns, auch waren wir keine Bergleute, könnte uns also nicht gebrauchen. Bei unserer Entgegnung, der Betriebsführer hätte uns einschreien lassen, erwiderte er: Der Betriebsführer könnte fortwährend sagen, wir sollten einführen, so könnte er uns doch nicht gebrauchen. Auch müßten wir das Gedinge, zehn Morgen pro Mann und Schicht, schaffen, was dieses nicht könnte, brauche gar nicht zu kommen. Wir wurden als Läger und Brötiger von dem best. Steiger bezeichnet. Am Sonnabend, dem 6. Juni gingen wir nicht zur Schicht, sondern waren infolge der schlechten Bebildung und der sich innen gehaltenen Arbeitsbedingungen uns einz nach Hause zu fahren. In Vacha beim Arbeitsnachweis mache ich mich in meiner Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsausschusses des Kreisarbeitsnachweises zu Cammin i. P. verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Arbeitsnachweis in Vacha das Geld (19,40 Mta. Reisegehalt und 6 Mta. Gehrgeld pro Mann) vom Arbeitsnachweis Cammin erhält. Hiermit erhielten wir das Geld und konnten nun zur Heimat fahren.

Allerdings gibt es auf der Schachanlage Hattorf keine Organisation, keinen Betriebsrat. Bekanntmachungen und Anordnungen werden allein vom Betriebsführer erlassen. Es ist während unserer Zeit vorgekommen, daß ein Arbeiter wegen angebührlicher Befragung einem Vorgesetzten gegenüber auf einem halben Schicht-

lohn vom Betriebsführer bestraft wurde. Auf den anderen Schachtanlagen ist es nicht besser. Für die Kali-Industrie ist ein Reichsvertrag abgeschlossen, aber in Hattorf kennt man diesen anscheinlich nicht, denn vom Betriebsführer bis zum Steiger konnte uns niemand sagen, was wir pro Schicht und im Akkord verdienten. Meistens wird in Hattorf gearbeitet? Rechnet man die Laufzeit, das Ein- und Ausföhren, das Umziehen, das Baden und die Arbeitszeit zusammen, so sind es gerade 12 Stunden. In den Bedingungen ist die Rede von achtstündiger Arbeitszeit. Ja, wenn sie innegehalten würden! Die Arbeiterschaft glaubt den Verbandsbeitrag sparen zu müssen, aber der Kalibesitzer zieht ihnen den Wochenbeitrag zwanzigfach ab. In den Arbeitsbedingungen steht, daß in den Ledigenheimen mehrere Arbeiter in einer Stube wohnen. Wie ist es aber in Wirklichkeit? Wir wurden in einer großen Halle untergebracht, wo 50 bis 60 Kollegen hausen. Verschiedene konnten ihre Sachen nicht verschließen, weil nicht genügend Spinde vorhanden waren. Auch gab es Läufe im Ledigenheim. Am 9. Juni sollte es einen Vorschub von 8 Mta. geben. Für die Verpflegung mußte man 11 Mta. pro Woche zahlen. Lohnzahlung ist am 20. eines jeden Monats. Wir haben bis heute unser Lob für die eine Schicht noch nicht. So sehen die Arbeitsbedingungen und Verhältnisse im Kalibetrieb des Werratales aus. Die Jeden stehen bei den Arbeitern bis Gestungen und weiter in schlechtem Ruf. Die Jedenbesitzer der Kali-Industrie im Werratal haben ja bei der thüringischen Regierung den Antrag gestellt auf Genehmigung zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitern. Ich persönlich vermute, daß die Jedenbesitzer gar keine inländischen Arbeiter wollen, sondern Polen, mit denen sie gleichen machen zu können, was sie wollen. Unsere Genossen im Thüringischen Landtag sollten alles daran setzen, daß der Antrag der Kalibarone nicht genehmigt wird, dann werden die Kalibesitzer sich bequemen müssen, andere Zustände zu schaffen. Allen Arbeitern aber, welche die Absicht haben, ins Kalibetrieb zu wandern, möchte ich sagen, daß es im Werratal genügend Arbeiter gibt, welche arbeiten wollen und möchten, wenn nur die Zustände beseitigt wären. Das ist aber nur möglich, wenn alle sich ihrer Organisation anschließen. E. Sankowsky.

Industrie der Erden und Erden.

Streik der Ziegler im Rheinland.

Die Ziegelerarbeiter im Rheinland sind in den Aussand getreten. Zugang ist fernzuhalten.

Generalausperrung in der Zement-Industrie?

Die Zement-Industrie verfolgt große Pläne. Ihr Ziel ist lange Arbeitszeit und niedrige Löhne. Bereits zu Beginn des Jahres 1924 wurde der Versuch gemacht, den Verband der Fabrikarbeiter zu sprengen und damit die Zementarbeiter vogelstiel zu machen. Ist dieser Versuch auch nicht gelungen, so hat man doch die Pläne keineswegs aufgegeben.

Neuerdings beschäftigt man sich mit dem Problem der Generalausperrung. Die Lohnfrage sowie die der Arbeitszeit glauben die Unternehmer durch eine Generalausperrung endgültig zu klären und zu ihren Gunsten regeln zu können. Nach Ansicht der Unternehmer sind die bisherigen Tariflösungen völlig ausreichend und alle Forderungen auf Lohn erhöhung verfolgen nur politische Ziele. Durch eine Erhöhung der Löhne soll die Volkswirtschaft geschädigt und die Währung gefährdet sein. Nach Ansicht und Anweisung der Zement-Industrie muß jede Forderung auf Erhöhung der Löhne unter allen Umständen abgelehnt werden.

Ebenso soll die Arbeitszeit erhöht oder die verlängerte Arbeitszeit als dauernde verankert werden. Dass die Arbeiterschaft so stark an dem Achtfundstag festhält, liege nur daran, daß sie auf dem Lande anständig ist und so Gelegenheit hat, vor und nach der eigentlichen Beschäftigung auf dem Felde zu arbeiten oder sich durch Schwarzerarbeit noch Nebenverdienste zu schaffen. Dadurch kommen die Arbeiter schon müde und abgespannt auf die Arbeitsstelle und leisten weniger als früher. Die verlängerte Arbeitszeit bietet aber den Vorteil, daß die Löhne austrocknen oder noch herabgesetzt werden können.

So die Zement-Industrie in ihrem Organ „Zement“ vom 25. Juni 1925, wo sie in einem Artikel mit der Überschrift: „Zum Streik der Bauarbeiter in Baden“ gegen die baugewerblichen Arbeiter Stellung nimmt, aber die Zementarbeiter treffen will, und wo es zum Schluss heißt:

Um so notwendiger ist es, daß alle Arbeitgeberverbände die drohende Gefahr erkennen und sie durch einmütigen Widerstand und im äußersten Fall durch Generalausperrung rechtzeitig bannen...

Die Zement-Industrie bekennt also endlich Farbe, und das ist auch etwas wert. Die Zementarbeiter wissen dann wenigstens, wohin die Reise geht. All die schönen Redensarten „... von „Hedung der Wirtschaft“ ... müssen zusammenarbeiten“ ... sind eitel Unrat gewesen und nur daran berechnet, das Sklavenlos der Arbeiterschaft zu verewigen. Dass die große Masse der Zementarbeiter daran nicht hereingefallen, ist wahrlich nicht Schuld der Unternehmer. Nur man sieht, daß alle schönen Friedensschalmeln nichts nützen, wo man merkt, daß trotz allem die Arbeiterschaft drängt, ihr Leben und ihre Arbeitsbedingungen erträglich zu gestalten, da brauchen auch die Unternehmer nicht mehr Versteck zu spielen und können rücksichtslos ihre wahren Gefühle preisgeben. Es ist die alte Melodie, wenn alle Mittel versagen, dann kommt der brutale Machtfondament zum Ausdruck, der darin gipfelt: Und hofft da nicht willig, so brachte ich Gewalt.

Die Generalausperrung soll das Mittel sein, die Arbeiterschaft gefügig zu machen. Sie soll zerstört und ausgehängt werden, um sich wieder kreisen und kriechen zu lassen wie in der Vorkriegszeit. Fürwahr, ein feiner Plan! In unserem kulturellen Zeitalter wohl etwas grausam, doch die Hauptfahne ist, das Ziel, die völlige Entfeindung der Arbeiter, wird erreicht.

Wenn nur die verfl... Arbeitersorganisationen nicht wären. Denn geht die Sache schief, dann ist die stolze Festung der Zement-Industrie erledigt. Die Ausperrung in der Holzindustrie reizt wahrlich nicht zur Nachahmung. Die Zementarbeiter weiß nun, woran sie ist. Die organisierte Zementarbeitererschaft aber wird alles vorbereiten, um die Organisation lächerlich auszubauen.

Und dann, ihr Herren von der Zement-Industrie: Wenn Sie ein Längesagen wagen wollen, wir sind bereit. M. G.

Papier-Industrie

Auswertung.

Der große Volksbetrug, der nach Beginn des Weltkrieges im Jahre 1914 unter der glorreichen Aka Helfrich eingeleitet wurde und seinen Anfang damit nahm, daß die Kosten des Weltkrieges in Deutschland durch Kriegsanleihen statt durch eine kräftige Besteuerung des Besitzes und der Kriegsgewinner gedeckt wurden, erreichte seinen Höhepunkt zu Ende des Jahres 1923, nachdem Hindenbusch in treuer Gemeinschaft mit dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Havenstein die deutsche Währung endlich totinflationsiert hatte. Erst als die Goldmark gleich einer Billion Papiermark gelehnt wurde, merkte der deutsche Michel, daß ihm seine landsmannschaftlichen Kapitalisten das Fell gründlich über die Ohren gezogen hatten.

Nun galt es, den deutschen Spießhüter, der das Menschenmorden des Weltkrieges mit seinem Gesellschaftsleben vereinbaren konnte, zu beruhigen. Der Verlust seiner Sparbüchsen, seiner gezeichneten Kriegsanleihe, die vollständige Entwertung seiner Obligationen und sonstigen mündelsicheren Wertpapiere regte ihn mehr als die Millionen gefallener Soldaten im Felde und die dem Hungerperiode geweihten Volksgenossen in der Heimat. Die politischen Parteien bemühten sich der Aufwertungsfrage und versprachen den Opfern der Inflation und des Weltkrieges goldene Berge. Besonders die den Kapitalisten nahestehende Deutschnationale Volkspartei versprach den Inflationsopfern die volle Aufwertung ihrer Sparkassenbuchstaben rückwärts. Diese Versprechungen galten nur, solange Arbeitserverträge in den Reichs- und Länderregierungen sofern und als verantwortliche Leiter der St. -politik einen derartigen Aufwertungswahn bekämpfen mühten.

Raum waren die Hertschosten an das Ander der Reichsregierung gelangt, da vergaßen sie die während der Wahlzeit gegebenen Aufwertungsversprechen und verloren die bedauernswerten Opfer der Inflation mit einigen Weltkriegsgerichten abzuspulen. Die versprochene Aufwertung sollte durch den Glanz einer neuen Kaiserkrone erreicht werden.

Noch einmal ließen sich die betrogenen Sparet und Besitzer von staatlichen Wertpapieren an der Nahe herumführen, als es galt, dem monarchistischen Reichspräsidenten Hindenburg ihre Stimme zu geben. Nachdem dieser Trick gesungen war, mußten die Inflationsopfer wiederum die Erfahrung machen, daß sie, nachdem sie als Stimmvotum ihres Pflicht gehabt hatten, abermals die Betrogenen waren.

Dieselben Kreise, die es heute ablehnen, den wirklich armen Opfern der Inflation eine wohlberechtigte und angemessene Aufwertung für ihre verlorenen Goldvermögen zu geben, haben ihre eigenen Vermögen wohlweislich recht ähnlich aufgewertet. Kein Wunder, daß dieselben Kreise sich heute gegen die geistliche Aufwertung wenden und mit ihren Argumenten „die verlorene Schlacht“ des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Bergt herbeigeführt haben. Einen Beweis dafür, wie glänzend diese Hertschosten die eigene Aufwertung nicht nur ihrer Goldvermögen der Vorkriegszeit, sondern selbst ihrer Papiermarkvermögen verstecken, beweisen die Goldbilanzen der Papier-Industrie.

In der Sondernummer 24 A des „Wochenblattes für Papierfabrikation“, Jahrgang 1924, bringt der bekannte Papierfabrikdirektor Helmut Castorf einen Rückblick „Zur Goldbilanzierung der Papierindustrie-Aktien“. Castorf dat von 67 Aktiengesellschaften die Umstellung von Papiermark zu Goldmark statistisch ermittelt. Wir bringen nachstehend die von Castorf zusammengestellte Tabelle:

Umlaufszeit der Aktien bei den Stockauszügen	Gesamt	Papiermark		Goldmark in Goldmark	
		Mindest-Mark	Höchst-Mark	Mindest-Mark	Höchst-Mark
1:1	2	5 000 000	—	5 000 000	—
1½:1	2	5 350 000	—	3 210 000	—
2:1	3	11 600 000	—	5 800 000	200 000
2½:1	2	8 000 000	800 000	2 400 000	120 000
3½:1	1	48 000 000	—	14 400 000	—
5:1	2	22 000 000	—	4 400 000	—
7:1	1	4 000 000	—	580 000	—
7½:1	1	60 000 000	—	8 000 000	—
8½:1	1	50 000 000	25 000 000	6 000 000	180 000
10:1	16	485 400 000	40 000 000	48 486 000	2 305 000
12½:1	6	157 600 000	41 000 000	12 608 500	280 000
15:1	2	62 400 000	750 000	4 160 000	12 500
16:1	1	60 000 000	2 400 000	3 750 000	150 000
16½:1	8	351 700 000	83 800 000	18 108 000	355 000
20:1	6	351 840 000	15 250 000	18 552 000	91 000
25:1	2	102 250 000	—	4 000 000	5 000
30:1	1	75 000 000	6 000 000	2 500 000	5 4

kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Aktionäre dieser 41 alten Gesellschaften als Verlust zu buchen haben die unterschiedlichen Goldeinzahlungswerte der seit 1916/17 übernommenen jungen Aktien im Nennwert von rund 1 930 Papier-Millionen, daneben die Minderung der früher aufgelegten Reservefonds und weiteren Rücklagen von rund 60,5 Millionen auf rund 19 Millionen, so daß sich ein Gesamtverlust von 41,5 Millionen Goldmark ergibt. Die Obligationäre und Hypothekengläubiger büßen rund 59,8 Millionen Goldmark und die Pensions- und Wohlfahrtskassen dieser 41 Gesellschaften rund 2,8 Millionen Goldmark ein.

Diese Berechnung dürfte nur insoweit stimmen, als sie die Einzahler dieser Vermögensbestände betrifft. Damit ist aber nicht gesagt, daß die 41 Gesellschaften diese Verluste wirklich erlitten und dieselben nicht durch Abschreibungen, Neubauern, Anschaffungen neuer Maschinen usw. auf der anderen Seite wieder neu erworben haben.

Wenn Castors wörtlich weiter sagt:

„Man sieht, das Trommelfeuersetzen der Inflation hat in den Schlußengraben auch der Papier-Industrie so ungewöhnliche Verluste angerichtet, daß zu dieser Aufbesserung viele Jahrzehnte unentwegter mühseliger Arbeit nötig sein werden.“

so müssen auch diese Ausführungen vom Gesichtspunkte der allgemeinen Wirkung der Inflation aus betrachtet werden. Stellt man diese Verarmung der Aktionäre der Aktiengesellschaften gegenüber der Verelendung der Arbeiterschaft, Kleinrentner, Späcer, Hypothekengläubiger usw., so dürfte der Anspruch nicht unberechtigt sein: „Sehen Sie, es war doch noch ein Geschäft!“

Im übrigen haben die Aktionäre die weitansgrößte Aussicht, die ihnen verbliebenen und aufgewerteten Goldmarkbestände rentabel verzinst zu erhalten. Wie der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Pappensabrikanten am 17. Juni dieses Jahres in der Jahrestagung dieser Unternehmergruppe mitteilte, ist die Papiererzeugung im Jahre 1924 im Vergleich zu 1913 um 35 v. H. gestiegen. Die Ausfuhr ist 1924 sogar 38 v. H. größer gewesen als 1913. Daher ist zu beobachten, daß die deutsche Gesamtproduktion 1924 nur 25 Prozent der Ausfuhr von 1913 betrug. Diese Angaben des Geschäftsführers des Vereins deutscher Pappensabrikanten sehen wahrscheinlich nicht nach einer Verelendung der deutschen Papiererzeugungs-Industrie aus. Beachtet man weiter, daß 1913 um 1 284 878 Tonnen Papierholz eingeschafft wurden, dagegen 1923 1 557 737 und 1924 1 470 156 Tonnen, so ist auch dieses ein Beweis dafür, daß es der deutschen Papiererzeugungs-Industrie trotzdem geangelt hat, nur noch von ihrer Substanz lebt, möglich war, ihre Sachvermögen ganz erheblich aufzubessern.

Aller wird deshalb bei Inflationsberechnungen der deutschen Papiererzeugungs-Industrie etwas mißtrauisch gegenüberstehen müssen, und dementsprechend auch die Berechnungen von Castors zu bewerten haben.

G. Stühler.

Friedenskampf und Arbeiterversicherung.

Jahresbericht des Reichsversicherungsamtes.

Das Reichsversicherungsamt eröffnet jedem seinen Geschäftsjahr für das Jahr 1924. Dieses Jahr unterschätzt zunächst in der Rechtfertigung die geringe Sozialversicherung sowie die Reichsversorgung der Kriegsteilnehmer in der befehlenden Abteilung Reichsversorgungsamt. Nach der Unfallversicherung ist hervorgehoben, daß 45 gesetzliche und 45 landwirtschaftliche Versorgungsversicherungen vorhanden waren, ferner 497 Rentenversicherungen des Reiches, der Länder und Gemeinden. Im Gewerbe waren 761 055 Betriebe mit 8 376 049 Versicherten, in der Landwirtschaft 4 335 000 Betriebe mit 14 177 000 Versicherten vorhanden, bei den Haushaltungsbehörden weitere 532 000 Versicherte, so daß rund 24,5 Millionen Versicherte zu zählen sind. Die Entwicklungen seines 112 Millionen Mark betragen gegen 173 Millionen Mark 1913, so daß die zum Nachteil der Belegschaften stark gefährdeten Zeiten die Industrie sicher nicht zu sehr belastet haben. Der Betriebsfonds wird bei den gewerblichen Versorgungsversicherungen von 365 technischen Aufsichtsbeamten, in den Bauernversicherungsanstalten von weiteren 102 Beamten, zusammen also von 468 Personen verwaltet. In der Landwirtschaft mit der jetztigen Zahl von 262 000 Betrieben und fast doppelt so viel Versicherten sind nur 80 Aufsichtsbeamte tätig.

In der Rechtfertigung des R.-V.-A. wird dann aus der Unfallversicherung 1923 Rechung gegen 1736 pro 1922 zu berichten, davon sind 59 Prozent gewerbl. Betriebe betroffen. Von den Toten der Versicherung wurden 8,5 Prozent (1923 gleich 23,3 Prozent) quer oder teilweise abgeschossen, d. h. ergriffen der Flügel entweder, von denen der Betriebsgemeinschaft einer 50,9 Prozent. Zum R.-V.-A. lagern end 135 Beobachtungen aus dem Dienstbetrieb der landwirtschaftlichen Betriebsfirmen vor, davon 81 erledigt worden.

In der Rentenversicherung liegen am 31. Dezember 1924 bei den Reichsversicherungsanstalten 2 654 521, bei den 125 Landesversicherern insgesamt 219 197 Renten. Die Beiträge liegen bei 10 auf 235 651 500 Renten, bei den Post-Büro-Betrieben 12 700 000 Rum. Jezt sind 345 Millionen Mark reicht für die Rentenversicherung 2, für die R.-V.-A. 23 Renten. In den nächsten Zeiten werden die Rentenversicherungen in 25 Jahren durch Rentensteuer besteuert.

Die Rentenversicherung ist dem R.-V.-A. nicht hinsichtlich der Größe zu Füßen, sondern nur in der Qualität und Rechtsprechung. Der gesetzliche Sozialfond hat in 1923 zwischen 62 Beobachtungen zu entscheiden, weitere 30 wurden erledigt, der Ertrag erzielte. In Spanien liegen 93 Beobachtungen der Betriebsfond und 21 der Rentenversicherung vor, mit den entsprechenden Ergebnissen präsentiert. In Frankreich werden 23 Beobachtungen, ebenfalls für Rentenversicherung 2, für Sozialfond 6 Beobachtungen, in Italien erfolgte die Rentenversicherung um eine Beobachtung (14 der Rentenversicherung, 1 des Sozialfond).

In der Versicherung der Bergarbeiter untersteht dem R.-V.-A. eine nicht bestreitbare. In der Rechtfertigung waren 22 Beobachtungen zu entscheiden, welche 20 Beobachtungen erzielten 6,7 Prozent von Versicherern. Erfolgt wurden 104, davon 55 durch R.-V.-A. und zwar durch Rentenversicherung 61, durch Bergarbeiter an die Bergarbeiter 22 Beobachtungen.

Die gesetzliche Versicherung unterscheidet dem R.-V.-A. auch nur in der Rechtfertigung. Die 267 Beobachtungen des Jahres 1924 waren von Versicherern in 141 Fällen, von den Rentenversicherungen in 22 Fällen erledigt. Auf die Rentenversicherung kam

zogen sich 89 Beobachtungen, 5 auf Angestelltenversicherung, 17 auf Krankenversicherung und weitere 95 auf Invalidenversicherung. Erledigt wurden durch Zurückweisung des Rechtsmittels 85 Beobachtungen (81 der Versicherer und 4 der Vergne), 32 durch Verweisung an die Vorinstanzen (20 der Versicherer und 12 der Versicherersträger); nur 8 Beobachtungen waren unmittelbar erfolgreich (4 Versicherer und 2 der Versicherersträger). Zahlreiche Fälle wurden durch Verbands- oder Arbeiterssekretär vertreten.

Die Summe aller beim R.-V.-A. eingegangenen Beschwerden, Revisionen, Anträge usw. betrug 8582, der unerledigten vom Vorjahr 1835 zusammen 10 217. Davon wurden erledigt 7800, blieben unerledigt 2417.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die nosleidenden Feuerfesten.

Bonn. Die Wahl Hindenburgs und die rein bürgerliche Regierung hat den Unternehmern den Raum möglichst schnell lassen. So haben die mitteldeutschen Unternehmer der Feuerfesten Industrie die Absicht, den Lohn ihrer Arbeiter selbst zu verzeihen, wie folgendes Schreiben beweist:

Arbeitgeber-Gewerkschaft

Feuerfesten Mittelhessen, E. V.

Bonn, den 25. Juni 1925.

An

1. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Bonn, Adenstraße 17.

2. Berufsverband deutscher Keramikarbeiter, Bonn, Remigiusstraße 16.

Die wirtschaftliche Lage der ff. Industrie macht es leider unmöglich, die bestehenden Löhne beizubehalten, so daß wir genötigt sind, das bestehende Lohnabkommen mit Wirkung zum 31. Juli 1925 hiermit zu kündigen.

Um der Lage unserer Industrie einigermaßen gerecht zu werden, ist es unabdinglich erforderlich, daß die Löhne vom 1. August 1925 ab in der Weise erhöht werden, daß der Ecklohn (Lohn des Volkarbeiters über 20 Jahre) statt 50 Pf. 50 Pf. beträgt.

Dr. Drägerdick, Geschäftsführer.

Wir bestreiten, daß die Lage der ff. Industrie so schlecht sein soll, um nicht einige Pfennige Lohnerhöhung gewähren zu können. In diesem Vorgehen liegt System, und die Herren Arbeitgeber der ff. Industrie glauben mit ihrer Arbeiterschaft ein solch frevelhaftes Spiel treiben zu können. Jedes Schwund zeigt, daß diese Löhne 100 Prozent zu niedrig liegen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Gewerkschaftliche Jugendkonferenz.

Der Vorstand des ADGB hat zum 6. und 7. August d. J. die Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit einberufen. Die Tagesordnung lautet:

1. Unsere Jugendarbeit seit dem Leipziger Kongress. (Referent: Walter Maßke, ADGB.)

2. Jugend und Beruf. (Referent: Ernst Sieck, Deutscher Lehrerarbeiterverband.)

3. Gewerkschaften und Berufsschule. (Referent: Paul Kosse, Berlin.)

4. Die Berufsausbildung in der Gesetzgebung.

a) Deutsche Gesetzeswurf. (Referent: Richard Timm, Deutscher Holzarbeiterverband.)

b) Die praktische Mitwirkung der Gewerkschaften an der Regelung der Lehrverhältnisse. (Referent: A. Füll, Deutscher Buchdruckerverband.)

Die Konferenz soll eine Tagung von Fachkundigen Gewerkschaftern werden, die besonders für die Jugend tätig sind. Die Anmeldung der Teilnehmer soll bis zum 10. Juli d. J. beim ADGB erfolgen.

Die Kosten für örtliche Vertrieder sind von den sie entsendenden Organisationen selbst zu tragen.

Berichte aus den Zahnstellen.

Liquit. Eine Zeitung meldete am 17. Juni: Eine große Explosion ereignete heute morgen in der Hanauer Papierfabrik. Die große Kraftmaschine im Steinbau ist explodiert. Das 12 Meter große Schwungrad ist völlig zertrümmernt. Einzelne Stücke wurden hundert Meter weit geschleudert. Der Dachstuhl ist herausgerissen. Außer einer Verbindung ist kein weiterer Unfall zu verzeichnen. Aufgrund der Betriebsführung sind jetzt 60 Arbeiter entlassen worden. Betriebszusätze werden sich leider immer wieder ereignen; je zu vermieden, manch Lastige der leidenden Männer sein. Aber die Art und Weise, wie in der Hanauer Papierfabrik mit den Arbeitern umgegangen wird, soll doch auch einmal besprochen werden. Die örtliche Arbeiterszeitung muß sich seit vier Jahren jede Woche mit dem Betriebe beschäftigen. Der Betrieb hat schon über 10 Betriebsräte verbraucht, entweder sie fliegen oder sie werden Meister. Von den Gewerkschaftsbüros kann der Betrieb nur befreien, wer den neuen Hopp mit vorläufiger Hochachtung ansprechen kann. Kollege Kampf ist nicht mehr habhaft, ebenso geht es seit einiger Zeit dem Gauleiter, Kollegen Thiele. Herr Direktor Hopp war so ständiglich, dem Gauleiter persönlich zu liegen, er möge sich mit der eben vorbereiteten Lokomotive überfahren lassen. Eine Lektüre im Betrieb ist Herr Richter, der folgenden Wendegang macht: Maschinengehüte, Maschinenfährer, Maschinengehilfe, Hofarbeiter, Maschinenarbeiter usw. Maschinenfährer in der Bleicherei und jetzt wieder gewöhnlicher Arbeiter in einer Aufenthaltskantine. Belegter Richter ist eben ein großes Objekt der Betriebsgenossenschaft, der immer wieder an die Arbeiter herantritt mit der Aufforderung, dem Werkverein beizutreten. Nur ist der Krieg zerbrochen, es ist festgestellt, daß befagter Richter so arbeite in der Fabrik eine Schaffelle eingerichtet habe und nie mehr bemühte, als einem Werkzeugmeister gefallen ist. Ein anderer wäre gefangen, aber Herr Richter bleibt, denn man kann doch diese Form von Arbeitern nicht entlassen. Auch der Hopp ist von einem Mitgliede der Werksgemeinschaft verhöhnt. Organisierte leider man nicht an Stellen, wo eine Verantwortung geübt wird. Die Stellen, ja auch noch acht Stunden nach Haus gehen. So ein Werkzeugmeister über arbeitet jetzt 12 Stunden, und wenn gleich eine Maschine zum Test gelangt und das halbe Gebäude zerstört und schwere Menschen umbringt. Als die Maschine zerstört, kommt sie zu laufen, befiehlt dieser Maschinenfährer der Gleise, nachdem man nicht daran gedacht, daß er den Dynamit abstellen und dann töpfeln. Darauf flog die Maschine an, zu reisen, und wenige Minuten später lag das über drei Meter im Dachraum habende Schwungrad zum Dach hinunter, ohne Menschen zu verletzen. Eine gewöhnliche Spröde, klappt zwischen zwei Gleisen wieder und zerstört den Betrieb. Ein Teil der Gleise ist jetzt arbeite - ein Gleis ist kaputt - kein Ausreifen weiter in der Betriebsleitung - alles geht weiter - 12 Stunden wird gearbeitet - bis der nächste Fall kommt. Jetzt wird die Firmen etwas Aufmerksamkeit machen, um in die 4 Lokalitäten zu kommen, weil ja die Seiten zu viel Schaden machen. Da ist Richter schon besser, der nicht keinen Gedanken, der legt sich auf die Seite und kennt sich aus - bis die ganze Werksgemeinschaft ausgeschlossen haben wird.

P. Kampf.

Rundschau.

Wenig Arbeit, hoher Lohn.

Montreal wird auch an der eisigen Stelle und von befreundeten Seiten festgestellt, was das Gerücht von den hohen Löhnen und der hohen Arbeitslosigkeit nicht ist. Allerdings wurde auf der

Tagung der Bank für Landwirtschaft Klage geführt, daß es ihr nicht besonders gut gehe.

Der Vorstand und der Ausschuss der Bank führen dafür, daß die Arbeitslosigkeit das gleiche an, was in der neuen Einschätzung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände an den Reichskanzler steht. Vorstand und Verwaltungsrat erlebten aber eine große Überraschung. Es erhob sich nämlich der bekannte Geheimrechnungsrat Bernau und führte die schlechte Lage der Bank auf die hohen Unkosten zurück. Nach Bernaus Ausführungen hat die nicht allzu große Bank für Landwirtschaft nicht mehr als fünf Direktoren, von denen zwei allein für "lose" Rollen interessant sind, und 37 Ausschussmitglieder. Das bedeutet, daß die Herren Ausschussmitglieder pro Kopf 156 000 Mark Gesellschaftsvermögen zu verwalten haben. Solche Zustände machen aber die hohen Unkosten völlig begreiflich.

Herr Bernau jog aus seinen Ausführungen auch die nötigen Schlüssefolgerungen und empfahl dem Vorstand der Bank, einmal bei den Direktoren und Verwaltungsratsmitgliedern recht tüchtig mit dem Abbau zu beginnen. Da es sich in unserem Falle gerade um eine Bank handelt, wollen wir einmal an Hand der letzten Geschäftsberichte unserer Großbanken zeigen, wie sich hier gegenüber 1913 die Unkosten gesteigert haben. Die Unkosten betragen:

	in Mill. Mk.	in % des Rohgewinns
Mitteldeutsche Kreditbank	8,9	48
Dresdner Bank	65,2	46
Disconto-Gesellschaft	55,2	36
Deutsche Bank	96,8	46
Darmstädter Bank	67,2	52
Commerzbank	54,2	52
Berliner Handelsgeellschaft	7,8	74

Es handelt sich hier um Banken, die schon Ende 1923 schlußlos mit dem Personalabbau vorgegangen sind. Trotzdem weiß das Jahr 1924 Unkosten auf, die durchweg doppelt so hoch sind als vor dem Kriege. Die Gründe sind ganz sicher dieselben wie bei der Bank für Landwirtschaft.

Die Gefahr der zu großen Unternehmermasse liegt eben darin, daß der einzelne Unternehmer, wenn sein Umsatz geringer wird, durchaus nicht seine Lebensweise zu ändern geneigt ist und auch nicht auf die Idee kommt, daß er abbauen soll; er drückt dann eben die Preise so hoch, daß deren Überhöhung ihm seine bisherige Existenz gewährleisten. Um aber die Preisfreiheit durchzuführen zu können, braucht man Schätzle. Es müssen die Grenzen abgesetzt werden, das heißt mit staatlicher Hilfe muß die Konkurrenz ferngehalten werden, die ja die Preise drücken würde. Deshalb, ihr Proletarier, arbeitet lange für geringen Lohn und zahlt die höchsten Preise! Das ist die Wirtschaftspolitik von Adenauer. (Siehe auch in "Proletarier" Nr. 26 die Notiz Rundschau, Zuviel Unternehmer und zuviel Direktoren.)

Entfernung von der Arbeitsstätte bis zur Wohnung.

Im Reichsarbeitsblatt Nr. 24 vom 24. Juni 1925 veröffentlicht der Gewerbeaufsichtsbeamte Dr. Preller (Dresden) eine Statistik über die Entfernung für eine bestimmte Zahl von Arbeitern vom Wohnort bis zum Arbeitsplatz und umgekehrt, resp. welche Zeit die Befragten brauchen, um von der Wohnung zur Arbeitsstätte zu gelangen. Die Behandlung dieser Frage ist wichtig in Verbindung mit der Dauer der täglichen Arbeitszeit.

Erfährt wurden von der Statistik 21 894 Arbeiter und 4561 Arbeitnehmer, zusammen also 26 455. Am Orte der Arbeitsstätte wohnten 16,3 Prozent der Beschäftigten. Von den übrigen wohnten vom Arbeitsplatz entfernt bis 2 Kilometer 23,3 Prozent, bis 5 Kilometer 7,3 Prozent, bis 10 Kilometer 13,6 Prozent, bis 15 Kilometer 5,0 Prozent, bis 20 Kilometer 1,9 Prozent, bis 30 Kilometer 2,0 Prozent und über 30 Kilometer 0,1 Prozent. Um ihre Arbeitsstätte zu erreichen, brauchten die Beschäftigten an Zeit: bis zu ½ Stunde 51,1 Prozent, bis zu 1 Stunde 32,7 Prozent, bis zu 1½ Stunden 11,4 Prozent, bis zu 2 Stunden 3,5 Prozent und über 2 Stunden 1,3 Prozent.

Dr. Preller hat auch festgestellt, auf welche Art, ob zu Fuß oder mit welchem Beförderungsmittel die von der Statistik erfaßten den Weg von und zur Arbeit zurücklegen. 62 Prozent machen den Weg zu Fuß, 20,2 Prozent mit dem Rad, 4,8 Prozent mit der Straßenbahn und 13 Prozent mit der Eisenbahn. Viele werden den Weg zu Fuß zurücklegen, um Geld zu sparen. Das bedeutet, sowohl der Weg über eine halbe Stunde hinausgeht, Kraftvergessen. Zu beachten ist auch, daß die hier angegebenen Wegstrecken nur vom Wohnort zur Arbeitsstätte gelten. Die hierfür aufgewandte Zeit muß noch einmal für den Rückweg gerechnet werden, d. h. also, die hier angegebenen Zeiträume sind zu verdoppeln. Vielleicht kommt die deutsche Industrie in hundert Jahren so weit wie heute die amerikanische ist, dann können die geplagten Proleten auch im eigenen Auto fahren.

Dr. Preller hat auch festgestellt, auf